



»Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.«

Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung

Standpunkt

von Professor Dr. Karl-Rudolf Korte

Bundestagswahlen 2017: Über die Herrschaft der inneren Widersprüche

Schon immer war Politik medienvermittelt. Daran hat sich strukturell etwas verändert. Denn die neuen Medien fördern Konjunkturen des Verdachts. Sie füllen Echo-Kammern von Gleichgesinnten. Moralischer Autismus bleibt unter sich. Wer so lebt, ist nicht mehr zugänglich für Argumente, sondern nur noch für Bestätigung. Die Sehnsucht danach nimmt zu, wenn alles global undurchschaubar und unsicher erscheint. Irgendjemand sollte dann Schuld haben. Idealerweise die etablierte Politik mit all ihren Strukturen, Formaten, der besonderen Sprache und den bekannten Politikern. Empirische Fakten haben das Weltbild solcher Wähler noch nie gestört. Unter den Voraussetzungen moderner Kommunikation scheint allerdings das Zeitalter der Fakten vorbei zu sein. Die Herrschaft der inneren Widersprüche dominiert auf dem Wählermarkt.

Die Wahlforschung kennt schon lange kognitive Dissonanzen beim Wähler, der versucht, unterschiedliche Einstellungen und Meinungen, die nicht miteinander zu vereinbaren sind, in Wahlkammern zu übersetzen. Protestparteien eignen sich hervorragend, um solche stabilen Ambivalenzen auszulieben. Die AfD ist eine zukunftsängstliche Empörungsbewegung, die es geschafft hat, soziale Unzufriedenheit und kulturelles Unbehagen zu bündeln. Die Flüchtlingshematik ist der Begriffscontainer dieser Protestpartei. Darin bündeln sich die Widersprüche, was vor allem in Mecklenburg-Vorpommern zu studieren war. In diesem Bundesland gibt es objektiv Wohlfahrtsgewinne und minimalste Begegnungschancen sowohl mit Flüchtlingen als auch mit dem Islam. Dennoch wurden diese Themen angstbesetzt zum Wahlkampfschlag und Mobilisierungsgarganten. Diese Wirklichkeitsverweigerung ist absolut legitim, stellt jedoch sowohl die Wahl- und Parteienforschung als auch insgesamt die Demokratie vor komplett neue Herausforderungen. Denn auf Protest kann man reagieren. Er ist existenziell für die Dynamik von Demokratien. Aber wie erreicht man mit Argumenten existierende Echo-Kammern? Wie rational kann man der neuen Irrationalität begegnen?

Neue Konstellationen deuten sich auch an, wenn in Parteien-Parlamenten traditionelle Bündnisse nicht mehr Garanten für Mehrheiten sind. Denn die Wähler entscheiden 2017 nicht über die Zusammensetzung der kommenden Bundesregierung. Diese Wahl treffen alleine die Parteien. Denn je koalitionsöffner sie agieren, desto wahrscheinlicher tragen sie die neue Regierung. Nur mit der AfD will niemand koalieren. Alle anderen sind bereit für bunte und Viel-Parteien-Koalitionen. Die Union ist in optimaler Weise multi-koalitionsfähig. Sie kann doppelt in einem erwartbaren sechs Parteien Parlament siegen: als stärkste Fraktion und in der Schlüsselposition für die Regierungsbildung. Gute Wahlergebnisse sind nicht mehr entscheidend, um mitregieren zu können. Wichtiger ist, die Koalitionsoptionen pragmatisch möglichst offen zu halten. Mehrheiten können sich mit einer „Obama-Strategie“ ergeben: durch das Sammeln von Minderheiten.

Vieles ähnelt im Moment der von 2009. Auch damals profitierten die kleinen Parteien von der Großen Koalition. Solche Sonderformate des Regierens führen unweigerlich zum Ausfransen an den politischen Rändern. Sie schwächen die Großen und stärken die Kleinen. Keine Partei wird sich vorab in einseitige Koalitionsaussagen verstricken. Für die Wähler wird der Stimmzettel so zum Lotterieschein. Denn wer zukünftig nicht nur rechnerische, sondern belastbare politische Mehrheiten sucht, muss sich auf dem Koalitionsmarkt tummeln.

Bundeskanzlerin Angela Merkel kandidiert zum vierten Mal, damit lautet die Wählerfrage: Merkel plus X? Ihr Populanzitätsparoxysmus ist seit September 2015 erodiert. Offene Grenzen und globaler Einwardungsdruck werden ihr von vielen Wählern persönlich angelastet. Aus dem Kanzler-Bonus ist ein Merkel-Malus geworden. Dennoch könnte sie ab September mit der stärksten Fraktion aktiv Koalitionspartner für eine neue Regierung suchen. Deutlich abweichend vom herkömmlichen Spiel der Koalitionäre stellt sich der Parteienwettbewerb seit letztem Jahr dar. Das Zeitklima des Wählens hat sich seit der letzten Bundestagswahl grundlegend gewandelt. Parteien sind ein Abbild der Gesellschaft. Die Angst vor Entgrenzung steigt. Globalisierung hat im Moment einen schlechten Lauf. Eine Sehnsucht nach Begrenzung, nach normativer Übersichtlichkeit ergreift die politische Mitte. Noch immer gruppiert sich das Parteiensystem in Deutschland um drei große Konfliktlinien in der Gesellschaft. Entscheidende Fragen sind erstens die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, zweitens kulturelle Differenzen der politischen Partizipation (libertär oder autoritär) und drittens das relative Gewicht von Staat und Markt. Doch 2017 kommt noch eine vierte wichtige gesellschaftspolitische Konfliktlinie wirkungsmächtig neu hinzu, die bereits die letzten Landtagswahlresultate bestimmte. Es ist das ideologische Konfliktpotential zwischen kosmopolitischen und kommunikativen Werten. Dies beschreibt das Spannungsfeld zwischen Globalisierungsgewinnen und Globalisierungsverlierern. Die AfD vertritt bisher diese Interessen der Globalisierungsverursacher, die sich im Protest mobilisieren lassen. Die AfD ist Unmutsaufsauger und Frustrant vieler Versicherten. Alle anderen Parteien bieten im Moment nur geringe Ankerpunkte, um dies zu bündeln. Das Parteiensystem ist in Deutschland extrem dynamisch. Schließen traditionelle Parteien machtarrogant bestimmte Themen aus – wie vor einiger Zeit die Dimension digitaler Lebenswelten – entstehen neue Parteien, sogenannte Defizitparteien. Um auf dem Wählermarkt zu punkten, holen die anderen Parteien aber relativ zügig auf. Sie surfen auf den Erfolgswellen der neuen Partei. Sie sind Themen-Diebe. Parteien sind zudem extrem lernfähig. Anders als bei den Piraten als Typus einer Defizitpartei gibt es im Umgang mit den Erfolgen der AfD jedoch weitaus höhere Hürden und komplexere Lernkurven, um die Erfolgsthemen der AfD zu übernehmen. Da ist zunächst in Teilen rechtsradikales, antisemitisches, völkisches Gedankengut, was keine etablierte Partei übernehmen wird. Da finden sich Volksverhetzung und Gewaltaufreife, für die das Strafrecht gilt. Hier zeigen sich die traditionellen Parteien geschlossen abwehrbereit.

Lernen können die anderen Parteien jedoch vom Duktus in Alternativen zu denken. Wieso gab und gibt es angelegentlich keine Alternativen zum Euro-Rettungs-Kurs? Wieso können einige EU-Länder Grenzen schließen und andere nicht? Wieso lassen sich nicht Lösungen anbieten, die unbegrenzte Freizügigkeit von Personen einhegen? Wieso werden Bürgermeister überhört, die mit der Ghettoisierung durch Migranten überfordert sind? Auch der Brexit kam im Mainstream der etablierten Parteien nicht vor. Mit ihm setzt nun ein Umdenken durch Lerneffekte bei den Bundestags-Parteien ein. Weitere Erfolge der AfD werden deshalb maßgeblich vom Agieren der anderen Parteien abhängig sein. Und da gibt es aktuell viel zu beobachten.

Das gilt vor allem für moralische Höhenflüge der Mitte-Parteien. Wer das in großen Teilen antipruralistische Programm der AfD kritisiert, tut dies bislang immer im Gestus des Besserenwissers. Populistische Parteien sind nicht nur anti-elitär. „Wir gegen oben!“ Sie sind auch antipruralistisch, weil sie das „Wir“ immer nur auf sich selbst beziehen. „Wir“ bedeutet danach der wahre Volkswille. Doch auch liberale Demokraten, die das offene Gesellschaftsmodell verteidigen, verfallen ebenso oft in moralisch abgrenzende Kategorien, die herablassend auf protestbereite Wähler wirken. So sollte der Satz „Wir schaffen das“ die gleiche moralische Qualität haben, wie die Umkehrung „Wir schaffen das nicht“. Wer politische Alternativen nicht denkt, stärkt die AfD. Dass sich alle Alternativen nur im Kontext des Grundgesetzes und damit der Menschenwürde bewegen, begrenzt normal den Gedankenraum, aber sicher nicht die politische Lernkurve. Im Moment ist spürbar, wie sich das neue Denken in Alternativen, ohne Hypermoral der Guten-scham, ausbreitet. Die etablierten Parteien übernehmen keineswegs das antipruralistische Freund-Feind-Denken der AfD, aber die etablierten Parteien prüfen- vor allem in den Landtagen - ihre Standpunkte, sie suchen den politischen Streit.

Die AfD Wähler aus der Mittelschicht sind emotional verlässlich. Ihre Mitglieder sind robust im Aushalten von Konflikten. Diese Partei wird gewählt, obwohl das Personal weitgehend unbekannt ist, das Programm widersprüchlich daherkommt. Sie lebt von der Provokation der anderen Parteien, die ihr fast täglich auch diesen Gefallen tun. Die AfD agiert mit fliegenden Zielen, je nachdem, womit man Tabubrüche spontan erzielen kann. Eurorettungskritik, Flüchtlingszahlen, Anti-Islam – bis zur Bundestagswahl werden noch viele Themen an vogue.

Die AfD agiert nicht nur auf den Wellen einer anteilitären Wut, nutzt einen antipruralistische Impuls, sie definiert auch, wer drinnen und wer draußen sein sollte, wer dazugehört und wer nicht. Bei den bislang etablierten Parteien sind die Guten immer die Europäer, die Schlechten sind diejenigen, welche Halt im Nationalen suchen. Aber auch diese Arroganz der moralisierenden Mitte, die Heimatverbundenheit als rückständig kritisiert, verliert Stück an Wirkungsmacht. Das spricht nicht gegen gute Gründe einer europäischen Vergemeinschaftung. Doch die etablierten Parteien versuchen, verloren gegangenes Terrain zurückzuerobieren und mit den Themen sozialer sowie innerer Sicherheit nationale Kompetenzfelder zu besetzen. Das sind angemessene Antworten auf einen Beschleunigungsschub. Die europäische Integration wird seit dem Brexit deutlicher politisiert. So könnte es den etablierten Parteien gelingen, Wählern eine Heimat abseits des Protests zu bieten.

Offene Gesellschaften sind liberal. Das setzt aber politisierte Alternativen immer voraus, über die laut gestritten werden muss - auch über unplausible Argumente. Jeder öffentlich ausgetragene Konflikt schwächt die AfD, wenn Alternativen zwischen Inländern und Inländern diskutiert werden. Die AfD könnte im fluiden Parteiensystem an Zustimmung verlieren, nicht durch die Anbiederung oder therapeutische Hilfs-Versuche der anderen Parteien, die Angst-Mitte zu verstehen, sondern durch Abrüsten des moralischen Hochmuts. Populistische Volksbeelauber überlässt man mit argumentativer Augenhöhe, neugierigen Zuhörern und mutiger Zuversicht. Voraussetzung bleibt allerdings, dass sich das potentielle Wählerklientel überhaupt noch einer öffentlichen Auseinandersetzung stellt.

Der Parteienwettbewerb 2017 wird dosiert ideologischer und polarisierter zu den zentralen Themen der inneren, äußeren und sozialen Sicherheit ausfallen als bei der letzten Wahl. Das Gesellschaftsmodell ist für viele spürbar von innen und außen unter Druck geraten. Demokratischer Trotz mobilisiert. Das kann engagierter, profilierter, lagerzentrierter und lauter erfolgen, ohne jedoch die Problematik möglicher Bündnisse auszubilden. Die Wähler spielen bei allen Modellen einer zukünftigen Regierung nur eine sehr marginale Rolle. Aber das ist der Preis, der anfällt, wenn der Parteienwettbewerb bunter, vielgestaltiger, mobiler und koalitionsöffner geworden ist.

Was war?

Demokratie Camp 2016

Im vergangenen Sommer fand das Demokratie-Camp 2016 unter dem Titel „Europa und die Türkei - EU Beitritt ja oder nein?“ in Kooperation mit der Partneruniversität Bilgi Üniversitesi an der Universität zu Köln statt. An dem Camp nahmen insgesamt 20 Studierende aus Köln und Istanbul teil.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erarbeiteten in drei unterschiedlichen Gruppen – Pro, Contra und Vermittelnde Ansicht – ihre Positionen. Den Abschluss bildete eine Kombination aus einer kreativen Präsentation der Ergebnisse sowie einer anschließenden Podiumsdiskussion. Referenten waren unter anderem Prof. Dr. Klaus Hänsch, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., und Jun. – Prof. Dr. Béatrice Hendrich. Zum Rahmenprogramm des Camps gehörte auch ein Besuch im türkischen Konsulat in Hürth, bei dem die Studierenden die Möglichkeit hatten, im Rahmen einer Führung durch das Haus den Generalkonsul, Herrn Hüseyin Emre Engin, kennenzulernen.



Stiftungspreis 2015

Der Stiftungspreis wurde dieses Jahr erstmalig in zwei Kategorien vergeben:

Frau Anne Hoss wurde mit dem Preis für ihre beeindruckende Masterarbeit „Public Consultation in Botswana“ ausgezeichnet und Herr Prof. Dr. Armin Schäfer für seine höchst innovative Habilitationsschrift zum Thema „Der Verlust politischer Gleichheit“. Die Preisverleihung findet im Rahmen der nächsten Demokratie Diskutiert Veranstaltung am 24. April 2017 statt.

Vortrag von Frau Dr. Isik

Zum Thema „Multireligiösität als Herausforderung und Chance“ hielt Frau Dr. Tuba Isik, Habilitandin am Seminar für Islamische Theologie an der Universität Paderborn, im Herbst 2016 einen Vortrag an der Universität zu Köln. Frau Dr. Isik analysierte die pluralistische Gesellschaft besonders im Hinblick auf die Rolle des Islam und erläuterte die sich daraus ergebenden Herausforderungen für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben unterschiedlicher Menschen. Gleichzeitig stellte sie immer wieder in den Vordergrund, wie bereichernd eine solche Vielfalt in der Gesellschaft ist, und machte konstruktive Vorschläge für ein noch besseres interreligiöses Zusammenleben in Deutschland. Dabei konnte sie durch ihr weitreichendes Engagement aus einem großen eigenen Erfahrungsschatz berichten.

Was wird?

Demokratie Diskutiert 2017

Unter dem Titel „Mehr direkte Demokratie wagen?“ findet am 24. April 2017 die nächste Auflage der Veranstaltungsreihe Demokratie Diskutiert statt.

Die Veranstaltung beginnt um 18:00 Uhr im Gremienraum im Seminar-gebäude der Universität zu Köln. Diskutanten sind Frau Prof. Dr. Annette Töller von der FernUniversität in Hagen und Herr Alexander Trennheuser, Landesgeschäftsführer von „Mehr Demokratie e.V.“ NRW. Im Anschluss an die Veranstaltung lädt die Demokratie-Stiftung zu einem Umtrunk ein.



Stiftungspreis 2016

Die Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln verfolgt mit dem Stiftungspreis das Ziel, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie zu unterstützen. Der Preis wird jährlich an Autorinnen und Autoren vergeben, die eine außerordentliche Qualifikationsarbeit fertig gestellt haben. Der Stiftungspreis wird in zwei Kategorien vergeben: Der Preis ist für Dissertationen und Habilitationen mit 5.000 € und für studentische Abschlussarbeiten mit 2.500 € Euro dotiert. Die Bewerbungsfrist für den Stiftungspreis 2016 endet am 30. Juni 2017.

Symposium 2017

Am 12. Juli 2017 findet das diesjährige Symposium als Kooperations-Veranstaltung der Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln und der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste mit dem Titel „Macht und Ohnmacht in der Demokratie“ statt. Ausgangspunkt für diese Veranstaltung ist die oft diagnostizierte fortschreitende politische Entfremdung der Bevölkerung und die dadurch fehlende Partizipation. Die Ursachen dafür werden unter drei verschiedenen Blickwinkeln erläutert: dem sozialwissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen, dem verfassungs- und staatsrechtlichen und dem historischen Blickwinkel.

Als Redner wirken mit: Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung der Universität Dresden, Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen und Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio vom Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn. Die Veranstaltung beginnt um 17:00 Uhr in der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste in Düsseldorf, Palmenstraße 16.



Wer wir sind und was wir wollen?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.

Als wissenschaftliche Grundlage dient das von ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/ einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen interreligiösen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Die Universität zu Köln finden Sie auch hier:



Impressum:

Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln

Tel.: 0221/470-5644 | E-Mail: demokratie-stiftung@uni-koeln.de | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de>

V.i.S.d.P.: Dr. Bernhard Kempen

Gestaltung: Ulrike Kersting | Abteilung Marketing | Universität zu Köln